

DER BUNDESMINISTER
FÜR DIE
AUSWÄRTIGEN ANGELEGENHEITEN

21/R-174
Wien, am 23. Februar 1954

Dr. B./Fr

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!

In der Beilage möchte ich Ihnen ein Exemplar der
Erklärung zur freundlichen Kenntnisnahme übermitteln,
die ich morgen im Parlament abzugeben beabsichtige.
Ich darf Sie bitten, mich Ihre Stellungnahme allen-
falls noch morgen früh wissen zu lassen.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

*Ich werde es
durchprüfen.*

*H
Tief*

pd. *Interministerialbeschluss des Herrn B.-*
am 27/2.54, 8⁴⁵ AM. D. Mauer
zum vorliegenden Vorlage an den
Herrn Staatsminister übergeben.
Das Kopie des Interministerialbeschlusses hat
Herrn *am 4.1. an mich gekommen. Bz*

Staatssekretär Dr. Bruno K r e i s k y

im Hause

an 21/R-54

Wien, am 23. Februar 1954.

Sehr geehrter Herr Bundesminister !

Da ich erst heute um 18 Uhr 30 Ihr Exposé für die morgen um 10 Uhr stattfindende Parlamentssitzung erhalten habe, erscheint es mir in Anbetracht der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit unmöglich, Vorschläge und Einwände geltend zu machen und so an der Abfassung des Exposés mitzuwirken.

Ich finde es sehr bedauerlich, dass Sie in der letzten Phase von dem Prinzip der weitgehenden Zusammenarbeit, wie wir sie, wie ich wohl sagen darf, erfolgreich vor und während der Berliner Konferenz praktiziert haben, abgegangen sind. Ich sehe mich demgemäss ausserstande, mich mit Ihrer heutigen Erklärung zu identifizieren.

Um aber der heutigen Sitzung nicht den Charakter einer einheitlichen Kundgebung der Regierungsparteien für die gemeinsamen aussenpolitischen Ziele zu nehmen, werde ich meine Parteifreunde in der sozialistischen Fraktion ersuchen, Ihre Erklärung, gegen die, wie ich bereits oben gesagt habe, meinerseits eine Reihe von Einwänden vorzubringen wäre, wohlwollend aufzunehmen.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

Herrn
Dipl. Ing. Dr. h. c. Leopold FIGL
Bundesminister für die
Auswärtigen Angelegenheiten,
im Hause.

21/12-54

Für die Bedeutung, die auf der Berliner Konferenz der österreichischen Frage von allen Beteiligten eingeräumt wurde, sprach von Anfang an die Tatsache, dass die Behandlung des österreichischen Staatsvertrages in den Ausführungen der vier Aussenminister vom Augenblick der Eröffnung der Konferenz an, beachtlichen Raum einnahm. Dies kam schon in den Eröffnungsreden der vier Aussenminister am 1. bez. zweiten Konferenz-tag zum Ausdruck. So nannte Aussenminister Bidault in seiner ersten Ansprache am 25. Jänner 1954 bereits den österreichischen Staatsvertrag neben einem deutschen Friedensvertrag als einen der beiden Hauptpfeiler einer europäischen Regelung, wandte sich energisch dagegen, das Los Oesterreichs auf dieser Konferenz mit irgendeiner anderen Frage zu verbinden und mahnte seine Ministerkollegen, dass es ein erschreckendes Vorzeichen für andere schwerere Aufgaben zur Wahrung des Friedens wäre, wenn man in der Frage Oesterreich zu keiner Einigung käme.

Aussenminister Eden erklärte in seiner Eröffnungsansprache ausdrücklich, dass ~~er~~ er auf Einzelheiten der österreichischen Frage nicht eingehen wolle, dass aber kein ersichtlicher Grund bestehe, warum man auf der Berliner Konferenz nicht zu einer Einigung über den österreichischen Staatsvertrag gelangen sollte, dessen Lösung im Vergleich zum Deutschlandproblem einfach sei. Schliesslich erklärte auch Aussenminister Molotov, die Erörterung der Oesterreichfrage auf der Berliner Konferenz für zweckmässig und sagte wörtlich: Die Interessen der Festigung in Europa und die Notwendigkeit der Sicherung der nationalen Rechte des österreichischen Volkes fordern die baldigste Wiederherstellung eines freien und unabhängigen Oesterreich

und die Regelung der Oesterreichfrage" Gleichzeitig schlug Aussenminister Molotow eine Tagesordnung vor, deren erster Punkt sich mit der Entspannung der internationalen Beziehungen und der Einberufung einer Fünfmächtekonferenz befasst, die sich im zweiten Abschnitt dem deutschen Friedensvertrag und der europäischen Sicherheit widmen sollte und die als dritten und letzten Punkt die Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag aufwies. Der Aussenminister der USA, D u l l e s, befasste sich ebenfalls in einer Eröffnungsansprache mit dem österreichischen Staatsvertrag und stellte fest, dass die Sowjetunion bis heute schon vielmehr an Entschädigungen von Oesterreich empfangen habe, als sie ursprünglich gefordert hatte; man sollte daher dieses Problem so schnell als möglich erledigen. Dulles kam ferner darauf zu sprechen, dass Macht grosse Verantwortung mit sich bringe und dass die vier Mächte heute als Besatzungsmächte sowohl in Deutschland wie in Oesterreich eine Verantwortung trügen, die sie im Urteil der Weltgeschichte schuldig machen werden, falls sie diese Macht und Verantwortung nicht im Guten ausüben. Nach diesen Eröffnungserklärungen durch die Aussenminister kam der erste positive Beschluss der Berliner Konferenz dadurch zustande, dass die drei anderen Aussenminister den Tagungsordnungs-Vorschlag Aussenministers Molotow unverändert annehmen. "Sie ist nicht die Tagesordnung", erklärte Aussenminister Dulles, "die wir vorschlagen würden, aber sie ist eine Tagesordnung, welche wir im Interesse des Weiterkommens unserer Arbeit hinnehmen werden."

Mit dem dritten Sitzungstag, dem 27. Jänner 1954, begann die eigentliche Diskussion der Konferenzpunkte, wobei die ersten zwei Tage ausschliesslich den Fragen einer Fünfmächtekonferenz bzw. einer internationalen Entspannung gewidmet waren. Der Uebergang zur Diskussion des deutschen Friedensvertrages wurde von Aussenminister Molotow mit der Feststellung eingeleitet, dass es ihm bekannt sei, dass Frankreich, Grossbritannien und die USA mit der Teilnahme von Vertretern Oesterreichs an der Erörterung der Oesterreichfrage auf der Berliner Konferenz einverstanden sei. Er verband damit die Feststellung, dass auch die sowjetische Delegation ^{der} Ansicht sei, dass ~~keiner~~ ~~von~~ ~~den~~ ~~an~~ der Erörterung der Oesterreichfrage Vertreter Oesterreichs teilnehmen müssen, - leitete ~~er~~ aus dieser Feststellung die Konsequenz ab, dass nach seiner Meinung daher auch an der Behandlung der Deutschlandfrage deutsche Vertreter teilnehmen müssten.

Im übrigen stand dieser Verhandlungstag völlig im Zeichen des von Aussenminister Eden vorgelegten Planes für die Wiedervereinigung Deutschlands, dessen Diskussion auf die nächsten Tage fort dauerte.

In der 7. Sitzung legte M o l o t o w seinerseits einen umfangreichen Entwurf für einen Friedensvertrag mit Deutschland vor, zudem am nächsten Tage die drei ⁱⁿ anderen Aussenminister ~~ihre~~ ausführlichen Erklärungen Stellung nahmen. Die Debatte über die beiden Vorschläge sowie verschiedene Zusatz- und Abänderungsvorschläge, vor allem zu den Fragen einer gesamtdeutschen Regierung und gesamtdeutscher Wahlen, dauerten bis einschliesslich 10. Februar. Sie waren am 8. Februar durch eine Geheimsitzung der vier Aussenminister über die Frage einer

Fünfmächtekonferenz unterbrochen worden. In dieser Ge-
sitzung wurden auch Verfahrensfragen im Zusammenhang mit
der Eröffnung der Debatte über den österreichischen Staats-
vertrag behandelt und die vier Aussenminister kamen ~~zusammen~~
überein, dass die Diskussion über den österr. Staatsvertrag
nicht später als am 12. Februar 1954 begonnen werden sollen.
Gleichzeitig wurde der Vorsitzende dieser Sitzung, Aussen-
minister Bidault beauftragt, die österreichische Bundes-
regierung von diesem Beschluss zu benachrichtigen. Die
schriftliche Einladung zur Teilnahme österr. Vertreter
an der Diskussion des österreichischen Staatsvertrages
wurde noch in der gleichen Nacht ~~von Aussenminister~~
Bidault ^{erbetete,} der österreichischen Vordellegation, in Berlin über-
mittelt. *(die bereits seit dem 21. Januar)*

Wie ja bekannt ist, verliess daraufhin die öster-
reichische Regierungsdelegation am 9. Februar 1954 Wien und
ist noch am gleichen Abend in Berlin eingetroffen. Die
nächsten zwei Tage gaben ~~der~~ Regierungsdelegation vor allem
Gelegenheit zu persönlicher Kontaktaufnahme und zu persön-
lichen Gesprächen mit den vier Aussenministern. Die Zeit
wurde weiters dafürbenutzt, um mit den Mitgliedern der Vor-
delegation den bisherigen Konferenzablauf, die Atmosphäre
und die Stimmung sowie alle notwendigen Besonderheiten
und Details abzusprechen. Schliesslich war es soweit, dass
die österreichische Regierungsdelegation ^{den} in ~~dem~~ Nachmittags-
stundenn ~~des~~ ^{das} 12. Februar sich in ~~dem~~ Gebäude des Alliierten
Kontrollrates in Berlin begeben konnte, ^{dort feststellt in der} ~~um~~ ~~als~~
Genüme des Staatsvertrages als gleichberechtigter Verhandlungspartner mit ~~den~~ Delegationen
der vier Grossmächte über die Fragen des österreichischen
Staatsvertrages zu diskutieren.

Ich möchte es an dieser Stelle nicht unterlassen, festzustellen, dass die absolute Gleichberechtigung der österreichischen Regierungsdelegation nicht nur am Verhandlungstisch, sondern auch im rein äusserlichen Ablauf der Konferenzteilnahme ~~klar und eindeutig~~ zum Ausdruck kam. ~~Der Wagen der österreichischen Regierungsmitglieder trug genauso die österreichischen Farben wie die Wagen der vier anderen Aussenminister.~~ *des jeweiligen Landes*

~~Die österreichische Delegation wurde beim Eintreffen am Konferenzort jeweils mit denselben militärischen Ehren empfangen, die den anderen Aussenministern ^egleistet wurden.~~

Die österreichische Delegation verfügte im Konferenzgebäude genau so über eigene Arbeitsräume wie die vier anderen Delegationen und schliesslich waren der österreichischen Delegation am Verhandlungstisch genau so fünf Sitze eingeräumt, wie sie jeder der vier anderen Grossmächte zugestanden war. Im Sinne der bei internationalen Konferenzen üblichen Usance unterliess es auch der Vorsitzende Aussenminister niemals, die österreichische Delegation zu fragen, ob sie Stellung zu nehmen wünsche, bzw. eine Erklärung abzugeben habe und als Sprecher der Delegation wurde mir vom Vorsitzenden jedesmal das Wort erteilt, wenn ich darum ersuchte. Ich halte es für höchst bedeutungsvoll, alle diese Einzelheiten genau festzuhalten und zu registrieren, denn ich glaube, dass sie für die kommende Haltung der österreichischen Aussenpolitik nicht ohne Bedeutung sein können. Ich glaube vor allem nicht, dass Vertreter einer Besatzungsmacht, deren Aussenminister mit dem Aussenminister und Staatssekretär des besetzten Landes auf der Basis der Gleichberechtigung und Ebenbürtigkeit an einem Tische politische Fragen erörtert haben,

in Zukunft versuchen werden können, auf lokaler Basis und in lokalen Machtbereichen allzuviel ~~laut~~ und allzu laut mit Besatzungsbefehlen und ähnlichen Orders zu manipulieren. Ich möchte in diesem Augenblick aber auch festhalten, dass auch Aussenminister Molotow durch seine Erklärungen vor der Berliner Konferenz keine Zweifel daran liess, dass es heute für keine der vier Besatzungsmächte mehr ein moralisches Recht gibt, wegen ^{öster. Probleme ihre} ~~Gesterreich~~ Truppen in Oesterreich zu belassen. Ich werde auf diesen Punkt noch später genauer zurückkommen.

Nachdem in jener denkwürdigen 17. Sitzung der Berliner Konferenz vom 12. Februar 1954 Aussenminister Bidault als Vorsitzender die österreichische Delegation begrüsst hatte und Worte der hohen Anerkennung für unser Land und unser Volk gesprochen hatte, konnte ich in einer längeren Erklärung den österreichischen Standpunkt zur Frage des Staatsvertrages vortragen. Im Sinne des Auftrages der Bundesregierung beschränkte ich mich darauf, nach einem kurzen politischen Rückblick bis zum gewaltsamen Ende der österreichischen Souveränität vor nunmehr bald 16 Jahren den staatlichen und wirtschaftlichen Aufbau in der Nachkriegszeit zu skizzieren und die bisherigen Verhandlungen über den Staatsvertrag kurz zu beleuchten. Ich kam dabei zu folgender Feststellung:

Durch den immer noch nicht erfolgten Abschluss des Staatsvertrages ist nun der groteske Zustand eingetreten, dass jenes Land, das als erstes der nazistischen Aggression zum Opfer fiel, heute als letztes auf die Wiederherstellung seiner vollen Freiheit und Souveränität warten muss und dies aus Gründen, für die ^{es} selbst nicht die geringste Verant-

wortung trägt. Während die ehemaligen Feindstaaten der Alliierten schon längst ihre Friedensverträge erhielten - und wir gönnen jedem Staat die möglichst rasche Rückkehr zu normalen Verhältnissen - ist Oesterreich, das zum Zeitpunkt der Kriegserklärung jeglicher Handlungsfähigkeit beraubt war, heute noch immer besetzt."

In der weiteren Erklärung der österreichischen Delegation wird sodann festgestellt, dass Oesterreich wohl bereit ist, ^{für} ~~wenn~~ die volle Freiheit und Souveränität Opfer und Lasten zu tragen, dass diese Lasten aber im Einklang mit der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit unseres Landes stehen müssen. Ich verwies vor allem darauf, dass Artikel 35 des im Jahre 1949 vereinbarten Entwurfs ~~und~~ ^{zum} Staatsvertrages besondere Härten enthielte, und dass nach den bereits erlittenen Einbussen und Opfern die Entrichtung einer Ablösesumme für die deutschen Vermögenswerte in der bisher vorgesehenen Höhe und die Verpflichtung, diese Summe in Dollars und nicht durch Lieferung österreichischer Waren abzudecken, als zu hart und unbillig empfunden werde. Auch die im gleichen Artikel vorgesehene Regelung bezüglich der österreichischen Erdölvorkommen musste ich als unvereinbar mit der vollen wirtschaftlichen Souveränität unseres Landes bezeichnen. Ich beantragte daher im Namen der Bundesregierung, die wirtschaftlichen Bestimmungen des Staatsvertragsentwurfes und besonders ⁱⁿ des Art. 35 vor allem ~~in~~ Anbetracht der Tatsache, dass Oesterreich seit der im Jahre 1949 über diesen Vertragsentwurf erzielten Einigung weitere ausserordentliche Opfer bringen musste, einer ^{und} wohlwollenden ~~gegen~~ generösen Prüfung zu unterziehen.

Nach einer neuerlichen Bekräftigung des Wunsches nach voller Freiheit und Souveränität schloss ich mit folgendem Appell :

"Geben Sie, meine Herren, Oesterreich den Staatsvertrag und Sie werden damit nicht nur sieben Millionen Oesterreichern, die ihm schon längst gebührende Freiheit geben, sondern darüber hinaus zur Festigung des Friedens, zur Minderung der Spannung in den internationalen Beziehungen und zur wirklichen Gewährleistung der Sicherheit in Europa beitragen."

Noch in der gleichen Sitzung nahmen sämtliche Aussenminister zu den Erklärungen der österreichischen Delegation Stellung. Aus den Darlegungen des britischen Aussenministers Eden möchte ich nur den einen Satz zitieren: "Die österreichische Frage ist eine Angelegenheit für sich und ihre Lösung braucht nicht auf die Lösung irgendeines anderen Problems zu warten."

Aussenminister Eden schlug am Ende seiner Rede vor, sofort zur Ueberprüfung der noch offenen fünf Punkte des Staatsvertrages überzugehen und stellte den formellen Antrag, dass die vier Aussenminister über die ^{in den} bisherigen Artikeln 16, 27, 42, 48 und 48b vorbehaltenen Punkte zu einer Uebereinstimmung gelangen und das Ersuchender österreichischen Delegation bezüglich Art. 35 besprechen.

Aussenminister Molotow stellte seinerseits einleitend fest, dass die Wiederherstellung eines freien und unabhängigen österreichischen Staates den Interessen der Festigung des Friedens in Europa und gleichzeitig den Aufgaben der Gewährleistung der nationalen Rechte des österreichischen Volkes entsprechen. Gleichzeitig aber verlangte Molotow, dass man der friedlichen Entwicklung Oesterreichs als unabhängiger Staat besondere Aufmerksamkeit widmen müsse, was für ihn die Forderung nach Einbau ^{von} einer neuen Sicherheitsklausel

in den Staatsvertrag bedeute. Aussenminister Molotow legte sodann einen Antrag der Sowjetdelegation vor, der im einzelnen vorsah:

1. Die Stellvertreter der Aussenminister bereiten binnen 3 Monaten~~en~~ den Text des endgültigen Staatsvertrages vor, wobei sie von folgenden Grundsätzen ausgehen: ~~ist~~

a) Den Vertragstext des Jahres 1949 zwischen ~~den~~ vier Mächten abzuschliessen, wonach Oesterreich als ein souveräner, unabhängiger und demokratischer Staat wiederhergestellt, ~~von~~ der Kontrolle der vier Mächte befreit, ~~und~~ der bestehende Kontrollmechanismus (alliierte Kommission für Oesterreich und alle ihre Organe) aufgelöst und die Besetzung Oesterreichs beendet wird.

b) Folgenden Zusatzartikel in den Staatsvertrag aufzunehmen: Oesterreich verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen und Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeine Macht richten, die mit ihren Streitkräften am Kriege gegen Deutschland und an der Befreiung Oesterreichs beteiligt war. Oesterreich verpflichtet sich ^{ferner} ebenfalls, die Errichtung von ausländischen Militärstützpunkten auf seinem Territorium sowie die Heranziehung ausländischer ^{in Oesterreich} Militärbereiter oder Spezialisten nicht zuzulassen. Die Regierungen der USA, Grossbritanniens, Frankreichs und der UdSSR verpflichten sich ihrerseits, die Bestimmungen dieses Artikels einzuhalten.

c) Zur Kenntnis zu nehmen: dass die Regierung der UdSSR den Wünschen der Regierung Oesterreichs entgegenkommt und sich damit einveratanden erklärt, dass Oesterreich die der Sowjetunion laut Artikel 35 des Staatsvertrageentwurfes zustehenden Zahlungen für die ehemaligen deutschen Vermögenswerte durch Warenlieferungen deckt.

2.) Um zu verhindern, dass Versuche zu einem neuen Anschluss unternommen werden, wird der Abzug der Truppen der vier Mächte

die sich auf dem Territorium der entsprechenden Zonen Oesterreichs befinden, bis zum Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland aufgeschoben, ^{mit} Gleichzeitig ~~und~~ der Auflösung der Alliierten Kommission werden alle ausländischen Truppen aus Wien abgezogen. Die zeitweilig in Oesterreich verbleibenden Truppen der vier Mächte werden nicht mehr als Besatzungstruppen gelten und keine Besatzungsfunktionen ausüben und sich nicht in die Angelegenheiten der österreichischen Verwaltungsbehörden bzw. ~~in~~ das öffentliche und politische Leben ~~des~~ Landes einmischen. Die Rechtslage dieser Truppen wird durch ein Sonderabkommen ~~bestimmt~~, ~~das~~ ~~von~~ ~~den~~ vier Mächten unter Beteiligung Oesterreichs auszuarbeiten ist und gleichzeitig mit dem Inkrafttreten des Staatsvertrages mit Oesterreich Gültigkeit ~~erlangen~~ erlangen soll. //

Im dritten Punkt seines Vorschlages beantragte Aussenminister Molotow schliesslich, die Stellvertreter der vier Aussenminister sollten die Triest-Frage im Zusammenhang mit dem Vorschlag der Sowjetregierung behandeln, wonach die Stadt Triest und das anliegende Territorium nicht als Militärstützpunkte zu benutzen sind.

Hohes Haus!

Ich brauche Ihnen nicht zu erklären, ^{niederschmetternd} wie diese neuen Vorschläge in dieser ersten Sitzung über den österreichischen Staatsvertrag wirkten und wie enttäuschend sie vor allem für die österreichische Delegation sein mussten, die nach Berlin gekommen war, um im Sinne ihres Auftrages die harten Bedingungen des Vertragsentwurfes vom Jahre 1949 zu lindern und der man jetzt neue unerwartete und, wie sich auf den ~~ersten~~ ersten Augenblick für jeden Oesterreicher zeigte, unannehbare Bedingungen entgegenschleuderte ^{setzte}.

Oder gibt es einen Staatsbürger^{mann}, der seinem Volk und seinem Lande es zumuten könnte, dass es einen Vertrag zur Wiederherstellung seiner Freiheit und Souveränität für ungeheure Opfer und Lasten erkaufte, der zu allen wirtschaftlichen und finanziellen Einbussen noch die Be~~dingung~~ bringt, dass auf unbegrenzte Zeit, bis zu einem Zeitpunkt, auf dessen Eintritt Oesterreich überhaupt keinen Einfluss hat, fremde Truppen im Lande bleiben². In dieser Stunde wussten wir uns in Berlin einig mit der gesamten österreichischen Bevölkerung. Einig in dem Bewusstsein, dass der Oesterreicher eine Ehre hat und dass^{er} sich nicht auf ewige Zeiten entrichten und ver~~mach~~^{dafür} lässt und ~~darauf~~^{weiter} noch Opfer bringt, die noch unsere Kinder belasten werden. ~~XXXX~~

In der gleichen Sitzung sprachen noch die Aussenminister der USA und Frankreichs. Mr. Dullas ~~xxxx~~ fand Worte der hohen Anerkennung für die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft seit 1945 und bezeichnete Oesterreichs harmonische innere und äussere Beziehungen, die in den letzten neun Jahren aus den Ruinen der Aggression geschaffen wurden, als ein Muster dafür, das erreicht werden kann, wenn der Wille dazu da ist.

Zu Beginn des zweiten Sitzungstages über Oesterreich, des 18. Tages der Berliner Konferenz, gab die österreichische Delegation neuerliche eine Erklärung ab, in der ich der tiefen Enttäuschung sowohl der Bundesregierung wie auch des österreichischen Volkes über die Ausführungen des Aussenministers Molotow Ausdruck gab. Sein Vorschlag würde nicht nur alle Hoffnungen des österreichischen Volkes zerstören, sondern auch die realen Aussichten auf eine tatsächliche Befreiung Oesterreichs auf unbestimmbare Zeit hinausschieben. Ich erklärte in diesem Zusammenhang: "Was soll ein Staatsvertrag bedeuten, der dem österreichischen Volk schwere Lasten auferlegt ^{ihm} ~~und~~ aber zugleich den entscheidenden Vorteil

nämlich nach dem Abzug der fremden Truppen wieder Herr im eigenen Hause zu sein, vorenthält. Und ich wandte mich mit der direkten Frage an die vier Aussenminister : "Wer von Ihnen, meine Herren ^{Minister}, würde es an meiner ^{de?} Stelle aufsich nehmen, mit einem ~~ein~~artigen Vorschlag vor die Volksvertretung seines Landes zu ~~xxx~~ treten?" Die österreichische Delegation bekannte sich dann neuerlich zu Art. 4 des Staatsvertragsentwurfes und unterstrich den klaren und eindeutigen Willen der Bundesregierung und des österreichischen Volkes, diese Bestimmungen auch einzuhalten. ^{Und wir behielten} ~~Wir mussten~~ ~~schliesslich~~ die Verbindungs ~~xxx~~ des Schicksals Oesterreichs mit einem der schwierigsten weltpolitischen Probleme, auf dessen Lösung überhaupt Oesterreich überhaupt keinen Einfluss hat, neuerlich ablehnen und appellierten an die Konferenz, unserem Rufe nach wirklicher Befreiung ^erecht zu werden.

Im weiteren Verlauf dieser Sitzung trat Molotow neuerlich für seine Vorschläge ein, während Aussenminister Dulles und Aussenminister Bidault sowie Aussenminister Eden ihn zur Zurücknahme seiner zusätzlichen neuen Bedingungen zu bewegen suchten. So führte Aussenminister Dulles u.a. aus, dass bei Annahme der Vorschläge Molotows die ~~Be~~ Besetzung Oesterreichs niemals durch Oesterreich selbst beendet werden könnte. ~~Dann~~ Es ~~hand~~ wäre völlig in die Macht der UdSSR gegeben, die Besetzung auf ewige Zeit zu verlängern, einfach durch die Verewigung der Teilung Deutschlands und die Blockierung eines gesamtdeutschen Friedensvertrages. So würde der Vertrag ~~ein~~ kein Vertrag zur Befreiung Oesterreichs, sondern ein Vertrag zur Unterjochung Oesterreichs werden. Aussenminister Bidault erklärte, dass ~~nicht~~ durch die Realisierung der Molotowvorschläge eine Situation geschaffen würde, die schlimmer als die gegenwärtige Lage wäre.

Und Aussenminister E d e n wies darauf hin, dass Minister Molotow in der Sitzung vom 10. Februar 1954 selbst angedeutet habe, dass die Teilung Deutschlands von Dauer sein und dass der Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland unmöglich werden könnte. Es scheint, sagte Minister Eden, dass sich Herr Molotow nun darauf eingestellt hat, die unegrenzte Besetzung Oesterreichs ins Auge zu fassen.

Der zweite Sitzungstag über den österreichischen Staatsvertrag war also in seinen Ergebnissen kaum über die Enttäuschungen des ersten Tages hinausgekommen. Der sowjetische Aussenminister Molotow hielt nach wie vor an seinen unakzeptablen Forderungen und Bedingungen fest, die österreichische Delegation und die Vertreter Grossbritanniens, der USA und Frankreichs hatten in ihren Stellungnahmen keinen Zweifel darüber gelassen, dass vor allem anderen ^{an} ein Eingehen auf den sowjetischen Wunsch nach Verbleiben fremder Truppen in Oesterreich nicht gedacht werden könnte. In dieser Situation war es klar, dass die österreichische Delegation mit der österreichischen Bundesregierung in Wien in ständiger Verbindung stand und dass die weiteren Schritte und Stellungnahmen im engsten Einvernehmen mit der Bundesregierung ~~zum~~ vorbereitet und festgelegt wurden. Da in der Zwischenzeit bei den anderen Delegationen bereits gewisse Termschwierigkeiten auftraten, und man sich schon Vorverhandlungen zur Fixierung des Konferenzendes zuwandte, wurde einvernehmlich festgelegt, dass die Oesterreichdebatte auch am Sonntag, den 14. Februar, mit einer dritten offenen Sitzung am 19. Verhandlungstag der Berliner Konferenz fortgesetzt werden sollte. Die Sitzung brachte einen für alle Mitglieder der österreichischen Delegation wohl unvergesslichen Augenblick. Es war der Moment,

da Aussenminister Dulles als erster Redner des Tages vorschlug, die noch offenen Artikel des Staatsvertragsentwurfes vom Jahre 1949 in der ^{mit. von sowj. Seite} vom Sowjetvertreter vorgeschlagenen Form ^{entsprechend dem sowj. Zusatztext} en bloc anzunehmen sowie den Artikel 35 dahingehend zu ändern, dass die Ablösungssumme für das ehemalige ~~deutsche~~ deutsche Eigentum durch Warenlieferungen zu decken sei und dass schliesslich der somit endgültig fertiggestellte österreichische Staatsvertrag am 18. Februar um 15 Uhr im Berliner Kontrollratsgebäude unterzeichnet werden solle. Diesem Vorschlag stimmten auch der britische und der französische Aussenminister zu. Auf eine ausdrückliche Aufforderung von Aussenminister Molotow, ob der Leiter der österreichischen Regierungsdelegation zu diesem Vorschlag eine Erklärung abzugeben habe, erwiderte ich, dass ich zunächst die Stellungnahme der sowjetischen Delegation zu diesem Vorschlag hören wollte. In einer längeren Ausführung verlangte dann Aussenminister Molotow, dass zu einer Annahme aller sowjetischen Vorschläge zu den noch offenen Staatsvertragsartikeln auch noch ein zweiseitiges österreichisch-sowjetisches Abkommen über die sogenannten " Erbsenschulden " aus dem Jahre 1945 treten müsse.

Molotow unterbreitete seinerseits schriftliche Vorschläge, auf deren Einbau in den Staatsvertragstext ~~bestand~~. ~~Diese Vorschläge befassen sich mit der~~ ^{Es wiederholt sich} Bereitwilligkeit, die Ablösungssumme von 150 Millionen Dollar für die deutschen Vermögenswerte in Oesterreich durch Warenlieferungen abzudecken. Der sowjetische Vorschlag umfasste ferner den schon bekannten ^{von mir} Artikel 4 b, mit dem bereits vorhin zitierten Wortlaut. Die schriftlichen Vorschläge brachten ferner die Textierung der schon bekannten Anträge über das Verbleiben fremder Truppen in Oesterreich nach Abschluss des Staatsvertrages.

Bezüglich Triest schlug Molotow vor, die Konferenz der vier Aussenminister solle sich an den Sicherheitsrat der UN mit dem Vorschlag wenden, die Behandlung der Frage über die Erfüllung des Friedensvertrages mit Italien hinsichtlich des freien Territoriums Triest wieder aufzunehmen.

Ich müsste daraufhin neuerlich erklären, dass die österreichische Delegation in ihren Konzessionen bis zum Aeusserten gegangen sei und dass ich meine Vollmachten der österreichischen Bundesregierung voll und ganz ausgeschöpft habe. Ich musste mich neuerlich ausserstande erklären, die Vorschläge Molotows zu erörtern.

Die Sitzung schloss nach einer längeren Rede Molotows, in der er noch einmal seine Vorschläge zu begründen versuchte und sich gegen die ablehnende Haltung ~~der Delegation~~ gegenüber seinem Vorschlag wandte. Als Vorsitzender stellte er am Schluss der Sitzung fest, dass man das Oesterreichproblem weiter erörtern werde, sobald die österreichische Delegation entsprechende neue Vollmachten und Instruktionen von ihrer Regierung erhalten habe.

~~XXXXXXXXXX~~
Ich möchte an dieser Stelle eine klare und unmissverständliche Feststellung machen. Die österreichische Delegation in Berlin war natürlich und selbstverständlicherweise einzig und allein an die Weisungen der österreichischen Bundesregierung bzw. an vorliegende Beschlüsse des österreichischen Parlamentes gebunden. Gerüchte und Zeitungsmeldungen der letzten Tage, daß die österreichische Delegation in Berlin fremde Weisungen befolgt oder nichtösterreichischen Einflüssen nachgegeben habe, sind so unsinnig, daß es sich nicht lohnt, auf sie näher einzugehen. Wenn in dieser Hinsicht auch nur der Schatten eines wahren Verdachtes bestünde, dann hätte man es wahrlich nicht Schreiberlingen in Wien überlassen, diese Feststellungen zu machen, sondern sie wären ohne Zweifel von berufenerer Seite am Konferenztisch ausgesprochen und als Argument in die Dis-

~~XXXXXXXXXX~~

Der Montag gab uns wieder Gelegenheit, die österreichische Frage mit den anderen Delegationen zu erörtern und vor allem das Einvernehmen mit der Bundesregierung in Wien über das weitere Verhalten der österreichischen Delegation in Berlin herzustellen. Ich kann feststellen, daß alle diese Verhandlungen in Anbetracht der klaren Haltung und in Anbetracht der klaren und unveräußerlichen Rechte Österreichs rasch und zielstrebig geführt werden konnten. Am Dienstag, den 16. Februar war die Delegation Gast bei Außenminister Molotow in der sowjetischen Botschaft ^{Berlin} in Wien - ein Anlaß, der Gelegenheit zu ausführlichen persönlichen Gesprächen bot. Ebenso wie die sowjetische Delegation fuhr die österreichische Delegation an diesem Tag direkt von der sowjetischen Botschaft Unter den Linden in das alliierte Kontrollratsgebäude zur 4. Sitzung über den österreichischen Staatsvertrag, die unter dem Vorsitz von Außenminister Bildaut stattfand. Als erster Sprecher dieses Tages stellte ich einleitend fest, daß die Bundesregierung mich zu der Erklärung ermächtigt habe, daß sie keiner Abänderung des derzeitigen Vertragsentwurfes zustimmen könne. Ich nahm die Gelegenheit wahr, noch einmal den vier Außenministern die schweren wirtschaftlichen und finanziellen Lasten vor Augen zu führen, die Österreich auf Grund des Artikels 35 des Vertragsentwurfes 1949 auf sich zu nehmen hätten. Ich zählte noch einmal die im Artikel 35 festgehaltene Übertragung der Konzessionen auf unsere Ölfelder für 30 Jahre sowie die Übertragung der ungeheuren ^{schätzlichen} Schürfrechte mit einem anschließenden Ausbeutungszeitraum von 25 Jahren auf, ich nannte die Übergabe der Ölraffinerie sowie der Vertriebsorganisationen für Ölprodukte. Ich führte der Konferenz den Wert der zu übergebenden Anlagen der Dónaudampfschiffahrtsgesellschaft in der Sowjetzone Österreichs, in Ungarn, in Rumänien und Bulgarien vor Augen

und schilderte ihnen die Bedeutung der Ablösesumme von 150 Mill. Dollar, deren Gegenwert Österreich für die Rückgabe der deutschen Vermögenswerte aufzubringen hat, obgleich nach Auffassung der Bundesregierung der wirkliche Wert dieses Vermögenskomplexes weit unter dieser Summe liegt. Ich machte die Minister noch einmal darauf aufmerksam, daß Österreich auf alle am 8. Mai 1945 noch offenen Forderungen gegen Deutschland und dessen Staatsangehörige verzichten müsse, soweit sie nicht aus der Zeit vor dem 13. März 1938 stammen, daß aber alle von einer der alliierten oder assoziierten Mächte seit dem 8. Mai 1945 zur Verfügung gestellten Geldanleihen, Güter und Dienstleistungen Österreich als von ihm zu bezahlende Schuld anerkennen müssen.

In meinen Ausführungen wiederholte ich klar und eindeutig, daß Österreich alles tun wird, um sich von fremden militärischen Einflüssen freizuhalten und daß wir auch fremden Mächten keine militärischen Basen zugestehen werden. Wir halten es mit dieser Auffassung für unvereinbar, so erklärte ich, uns durch den Abschluß des Staatsvertrages zu verpflichten, fremden Mächten militärische Stützpunkte auf österreichischem Gebiete einzuräumen. Ich möchte hier vor dem Hohen Hause festhalten, daß unsere Erklärungen vor der Berliner Konferenz bezüglich ~~eines Artikels 4 bis~~ ^{der Nichtzulassung von militärischen Stützpunkten} bzw. der Nichtzulassung von militärischen Stützpunkten auf österreichischem Gebiet Herrn Minister Molotow zu folgender Äußerung bewogen hat: "Nicht alle Staaten geben heutzutage so klare und für die Sache des Friedens so nützliche Erklärungen ab. Darum begrüßen wir alle diese Erklärung der österreichischen Bundesregierung." Ich würde nur empfehlen, daß die Vertreter der kleinsten Partei in diesem Hause diese Äußerung des sowjetischen Außenministers zur Kenntnis nehmen und vermeiden, daß sie mit ihrer weiteren Propaganda in allzu großem Gegensatz zu den

*)
Dazu ein offenes Wort. In bestimmten Grundfragen um die Freiheit und die Existenz eines Volkes gibt es seit eh und je nur klare, völlig eindeutige Entscheidungen. In diesen Belangen gibt es Fragen, die man nur mit Ja oder mit Nein beantworten kann. Eine anteilmässige, prozentuelle Erfüllung der prinzipiellen Lebensnotwendigkeiten eines Staates mag für den Augenblick vielleicht gewisse Erleichterungen bringen, aber im Ablauf der Zeit bedeutet sie ohne Zweifel eine ernste Gefährdung der Grundlagen des Staates. Allzu leicht wird ein Sichbegnügen mit prinzipiellen Erfüllungen primärer Rechtsansprüche zur Grundlage der Meinung, man habe sich in diesem Staate mit einer 80 oder 70 %igen Erfüllung seines unteilbaren Rechtes begnügt und könne leicht um den Rest betrogen werden. ***)

daraus, daß der Weiterverbleib von Truppen in Österreich eine gewisse Beschränkung darstelle, daß ein solcher Staatsvertrag die Interessen nur zu etwa 80% erfülle. *) Ich wiederholte in

* *)
In einer kurzen Erklärung wiederholte ich daraufhin neuerlich den österreichischen Standpunkt. Im Sinne der Weisung der Bundesregierung erklärte ich die sowjetischen Zusatzanträge für unannehmbar und verlangte vor allem ~~unmissverständliche Präzisierungen~~ im Hinblick auf die sowjetischen Zusatzanträge eine klare Präzisierung des Tages, an dem alle fremden Truppen aus Österreich zurückgezogen werden. Noch einmal forderte ich die Außenminister zur einvernehmlichen Unterzeichnung des Vertragstextes vom Jahre 1949 auf.

Über der Verhandlungspause dieses 4. Tages der Österreich-Debatte lag zum erstenmal ein ausgesprochen frostiger Hauch, der auch für den gesamten Sitzungsablauf dieses Tages bezeichnend war. Auch der zweite Teil dieses Sitzungstages brachte keine neuen Gesichtspunkte, sodaß die Stimmung am Schluß der Sitzung als ausgesprochen schlecht, als festgefahren und versteift zu bezeichnen war. Nach einer längeren Debatte über die

Tagesordnung kam man überein, in der letzten Sitzung der Berliner Konferenz, am 18. Februar, noch einmal das österreichische Problem zu diskutieren.

Die österreichische Delegation hat die letzten Stunden der Berliner Konferenz dazu benutzt, um im Einvernehmen mit der Bundesregierung ihre Vorschläge für die letzte Österreichsitzung auszuarbeiten. Wir alle waren uns klar, daß die Donners-tagsitzung die letzte Chance für Österreich war, wenn überhaupt noch eine Chance für Österreich in Berlin vorhanden war. Im Einvernehmen und im Auftrag der Bundesregierung wurden daher zwei letzte Kompromißvorschläge der österreichischen Bundesregierung für die Berliner Schlußsitzung ausgearbeitet. Hohes Haus, ich glaube nicht, hier die Versicherung abgeben zu müssen, daß wir in diesen Tagen alle von ^{großen} ~~dem großen~~ Verantwortungsgefühl für unser Land und sein Volk getragen waren. Wir mußten auf der einen Seite bis zum Äußersten gehen, denn wer könnte vor seinem Volk die Verantwortung tragen, im Kampf für Freiheit und Souveränität nicht bis zum Äußersten gegangen zu sein. Wir mußten auf der anderen Seite genau darauf achten, unsere Mitbürger und die kommenden Generationen nicht durch untragbare Hypotheken wirtschaftlicher oder moralischer Art zu belasten. In diesen Stunden der letzten Chance und der letzten Entscheidung hat sich die Delegation in Berlin eins gefühlt mit dem österreichischen Volke. Als erster Sprecher der letzten Sitzung brachte ich im Namen der Bundesregierung einen Kompromißvorschlag, die im Artikel 33 vorgesehene Räumungsfrist von 90 Tagen zu verlängern, wobei als letzter Termin für den vollkommenen Abzug aller ausländischen Truppen der 30. Juni 1955 festgelegt werden sollte. Ich erläuterte den Außenministern die Schwierigkeiten und die Opfer, die eine solche Verlängerung

der Frist zur Belassung fremder Truppen in Österreich bedeuten würde, daß die Delegation aber bis zur Grenze der Möglichkeit gehen wolle ~~und~~ dem österreichischen Volk die Freiheit zu bringen. Molotow erwiderte darauf, daß der neue Vorschlag der österreichischen Regierung den Wünschen der Sowjetregierung zwar entgegenkomme, aber als nicht zufriedenstellend bezeichnet werden müsse. Er sprach dann die Meinung aus, daß sich nach Ansicht der sowjetischen Delegation auf der Berliner Konferenz keine ~~im~~ befriedigende Lösung der Österreichfrage mehr finden lasse und daß er hoffe, die österreichische Bundesregierung in Zukunft von der Notwendigkeit der sowjetischen Vorschläge überzeugen zu können. In der gleichen Sitzung brachte ich im Auftrag der Bundesregierung noch einen zweiten Kompromißvorschlag ein, der sich mit einer Änderung der Artikel 56 und 57 des Staatsvertragsentwurfes befaßt und den Chefs der diplomatischen Missionen der vier Großmächte zeitlich unbeschränkte Rechte bezüglich der Durchführung und Auslegung des Staatsvertrages einräumt. Außenminister Molotow als Vorsitzender ging auf diesen zweiten österreichischen Vorschlag überhaupt nicht mehr ein, worauf die Außenminister Dulles, Bidault und Eden ihrerseits die auf der Berliner Konferenz gemachten Konzessionen zurückzogen, da sie nur im Hinblick auf einen eventuellen Abschluß des Staatsvertrages während der Berliner Konferenz gemacht worden waren. Damit war praktisch die Debatte über Österreich und seinen Staatsvertrag zu Ende gekommen. Nachdem zu einem Vorschlag Molotows Beratungen über Österreich durch die vier Missionschefs in Wien und die Bundesregierung fortführen zu lassen, Außenminister Dulles verlangt hatte, daß solche Beratungen erst beginnen sollten, wenn die Sowjetregierung ein fixes Datum für den Abzug ihrer Truppen aus Österreich nennen könnte, einigte man sich über die Österreichfrage im

allgemeinen diplomatischen Kontakt zu bleiben, ~~der~~ auch die österreichische Delegation ihre Zustimmung gab und so die Österreichfrage weiterhin auf der Tagesordnung internationalen Gesprächs zu belassen. Unmittelbar vor Schluß der Berliner Verhandlungen über Österreich dankte ich den vier Außenministern für die Möglichkeit, in Berlin den Standpunkt Österreichs freimütig und ohne Einschränkungen vertreten zu können. Ich gab aber auch meiner großen Enttäuschung darüber Ausdruck, daß die Berliner Konferenz uns den so sehr ersehnten Staatsvertrag nicht gebracht habe. Ich führte den vier Außenministern noch einmal vor Augen, wie das österreichische Volk mit größter Anteilnahme jede Phase dieser Konferenz verfolgt hat und wie groß und bitter die Enttäuschung in ganz Österreich über die Erfolglosigkeit der Berliner Verhandlungen sein wird. Ich gab aber auch die Versicherung ab, daß wir unsere mühevollen Aufbauarbeit unverdrossen fortsetzen werden, daß wir nicht aufhören werden alles zu tun, um Selbstän-



Es ist mir eine angenehme Pflicht, von dieser Stelle aus meinen aufrichtigen und herzlichen Dank allen Mitgliedern der österreichischen Delegation und vor allem Herrn Staatssekretär Dr. Kreisky für ihre unermüdliche und vorbildliche Arbeit auszusprechen. Dieser Dank gilt sowohl allen Mitgliedern der Regierungsdelegation wie auch allen Mitgliedern der Beamtendelegation, die bekanntlich vom Beginn der Konferenz an in Berlin weilte. Ebenso herzlich möchte ich den Beamten und Angestellten der österreichischen Verbindungsstelle in Berlin heute danken, die sich ebenfalls als wertvolle Mitarbeiter ausgezeichnet bewährt haben. Nur durch die unermüdliche, einsatzfreudige und beispielhafte Mitarbeiter aller Mitglieder und Angehörigen der Delegation und der österreichischen Verbindungsstelle in Berlin war es uns möglich, allen Anforderungen zeitgerecht und vollkommen zu entsprechen, die im Laufe der Konferenz an die verantwortlichen Leiter der Delegation gestellt wurden.

und ohne den Wunsch nach einer Lösung nach Berlin gegangen sind.

Ober

Und wir brauchen uns dieser enttäuschten Hoffnungen durchaus nicht zu schämen. Im Gegenteile, wir müßten uns schämen, wenn man uns den Glauben an die Freiheit und unser Recht schon so weit geraubt hätte, daß wir tatsächlich ohne Hoffnung und ohne Glauben an die Möglichkeit eines Sieges oder zumindest eines Teilsieges unseres Rechtes nach Berlin gegangen wären. Die Erwartungen des österreichischen Volkes wurde in Berlin nicht erfüllt. Aber lassen sie uns darüber nicht die positiven Seiten vergessen, welche die Berliner Konferenz für Österreich aufweist. Gerade durch den Ablauf der Österreichdebatte in Berlin ist Österreich wieder in den Mittelpunkt des Weltinteresses gerückt und das österreichische Volk kann stolz sein, auf die Tatsache, daß es sich bei allen Gutwilligen und Gerechten auf dieser Erde aufrichtiger und ehrlicher Sympathie erfreut. Das österreichische Volk kann aber auch stolz darauf sein, daß es durch seine wirtschaftlichen Leistungen und seine politische Reife in den neun Jahren seit Kriegsende im internationalen Ansehen so hoch gestiegen ist, daß jede ~~negative~~ objektive Kritik mit einem positiven Urteil schliessen muß und daß die Sprecher dieses Landes als gleichberechtigte Partner an den Verhandlungstisch gerufen wurden, um über das Schicksal des Landes zu diskutieren. Solche Anerkennung kommt nicht von ungefähr und wer sich an ähnliche Situationen in den ersten Nachkriegsjahren zurückerinnert, der wird sie richtig einzuschätzen wissen. Und noch ein drittes: das österreichische Volk kann stolz darauf sein, daß bei der Berliner Konferenz niemand mehr die Behauptung aufgestellt hat, man müsse Österreich weiter besetzt halten, weil seine Bevölkerung vielleicht irgendwelche Mängel aufweise, weil sie eine Gefahr darstelle, weil man ihnen ihr Schicksal nicht in die eigenen Hände legen könne. Mit völliger Klarheit und Eindeutigkeit brachte die

Berliner Konferenz das Ergebnis, daß die Besetzung Österreichs und die Forderung nach Belassung fremder Truppen auf unserem Boden, daß die widerrechtliche Vorenthaltung von Freiheit und Souveränität nichts, aber auch gar nichts mit unserem Land und seiner Bevölkerung zu tun habe. Die Konferenz hat mit kristallklarer Eindeutigkeit bewiesen, daß Österreich ein Opfer der internationalen Machtpolitik ist und das sein Rechtsanspruch wieder einmal machtpolitischen Erwägungen unterlegen ist. Über eines aber soll sich niemand täuschen. Man kann uns Österreicher weder zermürben, noch entrechten. Wir glauben felsenfest daran, daß ~~xxx~~ Recht und Gerechtigkeit den längeren Atem haben und daß keine Macht dauernd die Augen vor dem Recht verschliessen kann. In diesem Sinne hat die österreichische Delegation in Berlin gemäß den Aufträgen der Bundesregierung gehandelt und in diesem Sinne bitte ich das Hohe Haus meinen Bericht über die Berliner Konferenz zur Kenntnis zu nehmen.